

## Eine Politik biblischer Werte

### Freikirchliches Positionspapier

C. W. Der Verband evangelischer Freikirchen und Gemeinden in der Schweiz (VFG) hat in einer Broschüre seine Erwartungen an die eidgenössische Politik publiziert. Das primäre Anliegen der Freikirchen ist zwar spiritueller Art, doch sind sie auch sozial-diakonisch engagiert und widmen sich den Konsequenzen der persönlichen Gottesbeziehung für Gesellschaft und Politik. Mit dem Positionspapier zeigen die Vereinigungen mehr als früher ihre Gemeinsamkeiten und auch Unterschiede zu den reformierten Landeskirchen, die durch ihr Ja zur Fristenregelung und zur gleichgeschlechtlichen Partnerschaft aus dem christlichen Konsens ausgeschert seien. Beteiligt sind 14 Gemeinschaften wie Baptisten, Methodisten, Mennoniten, Heilsarmee und Chrischona mit insgesamt etwa 150 000 erwachsenen Mitgliedern.

«Suchet das Wohl des Landes in das ich euch verbannt habe», wird der Prophet Jeremia im Titel der Schrift zitiert. Das Programm gilt also keinem Christen-, sondern einem Bürgerstaat. Das Engagement soll die ganze Gesellschaft, auch Nichtchristen, vor Augen haben. Aber die Freikirchen streben die Bildung von Mehrheiten an, «um christlichen Werten, die das Wohl der Menschen im Blick haben, zum Durchbruch zu verhelfen». Manche der Postulate zu allen wichtigen Politikbereichen haben jedenfalls einen konservativ-moralisierenden Zug, beispielsweise die Forderung nach Werbeverboten für Kleinkredite, Alkohol, Nikotin und Sexdienste, nach «PR-Kampagnen fürs Mutter- und Hausfrauendasein» oder nach Strafbarkeit des politischen Lügens.

Orientierungspunkte sind Dietrich Bonhoeffers «vier Mandate»: Ehe, Arbeit, Obrigkeit und Kirche. Auf die Verletzung des Ehegebots und die Abtreibung werden etliche Probleme wie Alterung und Jugendkriminalität zurückgeführt. Der Auffassung, es gebe sowohl ein Recht wie eine Pflicht zur Arbeit, entspricht etwa das Eintreten für eine Erhöhung des Pensionierungsalters, aber auch die Forderung nach Beschäftigungsmöglichkeiten für weniger leistungsfähige Menschen. Wie das teilweise verwandte Gedankengut der Evangelischen Volkspartei lässt sich auch das des VFG im politischen Spektrum nicht einfach einordnen. Wenn neue Steuern kein Tabu sind, ein Entwicklungsdienst an die Stelle des Wehrdienstes treten soll und diverse sozialpolitische Massnahmen befürwortet werden, liegen die Positionen eher links von der Mitte. Für sich selber wünschen die als Vereine organisierten Freikirchen einen öffentlichrechtlichen Status, eventuell auf Bundesebene. Konkret geht es ihnen vor allem um Schulräume für Religionsunterricht und die Anerkennung von Anstaltsseelsorgern.

Quelle: Neue Zürcher Zeitung, 28.10.2006 \_\_\_\_\_

Eine Dienstleistung des Portals kath.ch (<http://kath.ch>) - Katholischer Mediendienst  
(<http://kath.ch/mediendienst>)

Mit freundlichem Gruss

Portal kath.ch

mailto:redaktion@kath.ch